

3 x Ja
zu Klima und
Biodiversität



Esther Meier und
Natalie Imboden:
Endlich das enorme Solar-
potenzial im Kanton Bern
nutzen!

STAND •
Jelena Filipovic
● Die Schweizer
Agrarpolitik dient
heute weder der
Gesellschaft noch
der Natur!

MITTEL •
Esther Meier und
Natalie Imboden
● Mehr
Klimaschutz
dank Berner
Solar-Initiative

SICHT •
Ladina Kirchen
● Eine gute
Regierungs-
statthalterin ist
nahe am
Geschehen

Die Schweizer Agrarpolitik dient heute weder der Gesellschaft noch der Natur!

Das muss sich ändern, wenn wir langfristig gesunde Lebensmittel produzieren und uns ernähren möchten. Am 13. Juni stimmen wir über zwei Agrar-Initiativen ab, die mit unterschiedlichen Mechanismen genau das fordern: ein grundlegendes Umdenken in unserem Landwirtschaftssystem.

Wenn wir dem Schweizer Bauernverband oder der übrigen Agrar-Lobby zuhören, hätten wir nicht nur kein Problem mit Pestiziden, sondern seien damit sogar auf dem richtigen Weg: «Pestizide können sogar positive Auswirkungen auf die Biodiversität haben, indem sie eine effizientere Nutzung von Anbauflächen ermöglichen.»



In der Nachkriegszeit galt in der Schweizer Agrarpolitik die Maxime der Ernährungssicherheit. Synthetische Pestizide wurden als eine nützliche Technologie gelobt und die Risiken von komplexen Langzeitfolgen wie Biodiversitätsverlust und die Auswirkungen auf die Gesundheit grosszügig ignoriert. Heute ist die wissenschaftliche Evidenz dazu erdrückend. Dennoch fördert die aktuelle Agrarpolitik immer noch unter dem Deckmantel der Ernährungssicherheit und der Preisstabilität eine Landwirtschaft, die auf Kosten von Mensch und Natur möglichst billig möglichst viel produziert.

Deshalb fordert die Pestizid-Initiative ein Verbot für den Einsatz von synthetischen Pestiziden und den Import von Produkten, die mit solchen behandelt wurden – mit einer Übergangsfrist von 10 Jahren. Die Trinkwasser-Initiative hingegen fordert einen Subventions-Stopp für alle Bäuer_innen, die sich nicht an ökologische Standards halten. Unterstützt würden in Zukunft nur noch Höfe, die ohne synthetische Pestizide produzieren, nicht mehr Tiere halten, als mit «auf dem Betrieb produziertem Futter» ernährt werden können und auf prophylaktischen Antibiotikaeinsatz und Futtermittelimporte verzichten.

Mit einem doppelten JA am 13. Juni haben wir die greifbare Chance, unser Landwirtschafts- und Ernährungssystem zu revolutionieren!
#EssenIstPolitisch

Jelena Filipovic, GB-Stadträtin, Co-Präsidentin
«Landwirtschaft mit Zukunft»

Abstimmungen vom 13. Juni 2021

Stadt

- JA zum Baukredit: Gesamtsanierung Volksschule Steckgut

Kantonal

- Keine Vorlage

National

- JA zur Volksinitiative «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide»
- JA zur Volksinitiative für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung
- JA zum CO2-Gesetz
- NEIN zum Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT)
- JA zum Covid-19-Gesetz



«Die Einnahmen aus den CO2-Abgaben auf Brennstoffe und Flugtickets werden zum grossen Teil an die Bevölkerung und an die Wirtschaft rückverteilt. Jede Person erhält so jährlich über die Krankenkassenprämien ca. 80 Franken zurückerstattet. Davon profitieren Wenigverdienende überdurchschnittlich und ein tiefer Energieverbrauch lohnt sich. Ein klares JA zum CO2-Gesetz stärkt die Klimagerechtigkeit!»

CO2-Gesetz schafft Basis für effektivere Klimapolitik

Mit dem neuen CO2-Gesetz sollen die Treibhausgasemissionen der Schweiz bis 2030 um mindestens 50 Prozent gesenkt werden. Dies genügt zwar nicht, um die Klimaerwärmung aufzuhalten. Das Gesetz legt aber wichtige und notwendige Grundlagen zur Entwicklung eines effizienten und sozialverträglichen Klimaschutzes.

Das CO2-Gesetz bildet den nationalen Rahmen für eine effektivere Klimapolitik auch auf kantonaler und kommunaler Ebene. Gerade die besonders von der Klimaerwärmung betroffenen Städte erhoffen sich dadurch mehr Schub für ihre fortschrittliche Klimapolitik. So hilft die CO2-Abgabe, dass nicht-fossile Heizungen wie Fernwärme oder Wärmepumpen auch in privaten Mehrfamilienhäusern und Geschäftsgebäuden konkurrenzfähig werden. Zudem werden jährlich mehrere hundert Millionen Franken für die weitere Förderung von energetischen Gebäudesanierungen sichergestellt.

Es ist mit dem CO2-Gesetz zudem erstmals gelungen, alle Formen der klimabelastenden Mobilität – also endlich auch den Flugverkehr – zu zusätzlichen Massnahmen und Abgaben zu verpflichten. Das schafft Anreize, um Dieselbusse durch Elektrobusse zu ersetzen. Mit dem neuen Klimafonds können Nachtzüge unterstützt werden. Die CO2-Emissionen von Autos und Lieferwagen müssen weiter sinken, und auch Lastwagen bekommen erstmals Reduktionsziele.

Geblendet vom eigenen Profit haben Erdöl-Lobby und Autoimporteur_innen mit Unterstützung der SVP das Referendum ergriffen. Mit dem neuen Gesetz befreien wir uns schrittweise von der milliardenschweren Auslandabhängigkeit bei den fossilen Energien und generieren stattdessen durch Investitionen in den Klimaschutz zusätzliche Wertschöpfung in der Schweiz.

Stéphanie Penher, Leiterin Verkehrspolitik beim VCS Schweiz



«Das Terror-Gesetz ignoriert die Menschenrechte und wichtige Grund- und Verfahrensregeln. Dafür gerät die Schweiz international unter Beschuss. Z.B. von Fionnuala Ní Aoláin, der UN-Sonderberichterstatterin zur Terrorismusbekämpfung: Sie kritisiert insbesondere die vage Terrorismus-Definition. Damit sende die Schweiz ein fatales Signal aus. Wir Grünen sagen klar NEIN zu diesem Willkürparagrafen!»

Weniger Freiheit, weniger Sicherheit!

Am 13. Juni kommt das Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus zur Abstimmung. Zusammen mit anderen Jungparteien, Jurist_innen und Organisationen der Zivilgesellschaft haben die Jungen Grünen das Referendum ergriffen. Denn das Gesetz setzt wichtige Grundrechte und Rechtsprinzipien ausser Kraft.

Die Angst vor Terrorismus wird seit 20 Jahren instrumentalisiert, um an hart erkämpften Grundrechten zu «schräbeln». Dabei argumentieren die Bürgerlichen, dass sich Freiheit und Sicherheit in einem Spannungsfeld befänden: Die Eingriffe in die Freiheit betreffen nur diejenigen, die etwas im Schilde führten. Damit werde jedoch die Freiheit von uns allen verteidigt. Tatsache ist: Unter dem geplanten Willkürparagrafen leiden nicht nur unsere Freiheitsrechte, er verbreitet sogar mehr Unsicherheit für alle! Mit dem neuen Begriff der «Gefährder_innen», werden präventive Massnahmen gegen Menschen erlaubt, die sich noch keine Straftat haben zuschulden

kommen lassen. Die Unschuldsvermutung gilt für sie nicht mehr. Was ein Gefährder oder eine Gefährderin ist und was unter Terrorismus zu verstehen ist, ist so vage definiert, dass der Willkür Tür und Tor geöffnet werden. Beurteilen würde dies die Bundespolizei, nicht ein Gericht. Es ist zu befürchten, dass Muslim_innen und People of Color überproportional häufig als Gefährder_innen bezeichnet werden.

Gewisse Zwangsmassnahmen können bereits bei Kindern ab 12 Jahren angeordnet werden. Damit würde die Schweiz gar die Kinderrechtskonvention ignorieren.

Es braucht den Einsatz und die Mobilisierung von uns allen, um diesen Willkürparagrafen zu verhindern!

Andi Geu, Mitglied des leitenden Ausschusses GB

Mehr Klimaschutz dank Berner Solar-Initiative

Facts-Box

Bern als Solarstadt

Bern soll eine Vorreiterrolle bei der Nutzung von Sonnenenergie einnehmen, schon bevor die kantonale Solar-Initiative greifen wird. Momentan kommen nur gerade 2 % des auf Stadtboden produzierten Stroms aus Solaranlagen. Das ist viel zu wenig!

Um dies zu ändern, hat die GB/JA!-Fraktion Ende März ein Vorstosspaket eingereicht. Wir fordern, dass auf sämtlichen Gebäuden im Besitz der Stadt Bern eine Solaranlage gebaut wird, sobald das Dach renoviert wird, aber spätestens bis 2035. Auch auf allen privaten Dächern soll die Sonne genutzt werden, um Strom oder Wärme zu produzieren. Der Gemeinderat soll darum abklären, ob eine Pflicht zur Installation von Solaranlagen möglich ist. Ist dies nicht der Fall, muss er andere Hebel aufzeigen – z. B. Verankerungen in Überbauungsordnungen, obligatorische Energieberatungen oder erleichterte Bewilligungsverfahren. Ein Hindernis beim Bau von Solaranlagen ist die tiefe Vergütung, die EWB aktuell bezahlt, wenn Solarstrom ins Netz eingespeist wird. Deshalb lohnt sich die Installation einer Anlage aus finanzieller Sicht oft nicht. Wir fordern deshalb, dass diese Vergütung kostendeckend sein muss. Zwei der Vorstösse wurden für dringlich erklärt. Deshalb kann der Stadtrat noch vor dem Sommer darüber befinden, ob Bern zur Solarstadt wird.

Die Solar-Initiative ist der Auftakt zu einer Klimalegislatur im Kanton Bern. Sie verlangt auf jedem geeigneten Dach ein Solarkraftwerk. So kann mehr Strom produziert werden, als der Kanton Bern heute verbraucht. Dies schafft nicht zuletzt lokale Wertschöpfung und Arbeitsplätze.

Im April 2009 haben die GRÜNEN Kanton Bern die Initiative «Bern erneuerbar» mit dem Ziel lanciert, dass die Energieversorgung im Kanton Bern innert 30 Jahren zu 100 Prozent erneuerbar ist. Dazu wurden Etappenziele formuliert. Vier Jahre später wurde neben der Initiative auch der Gegenvorschlag mit einem JA-Anteil von 49 % äusserst knapp abgelehnt. Der Gegenvorschlag postulierte das gleiche Ziel wie die Initiative, nur ohne Umsetzungsschritte. Die Folge dieser verpassten Chance ist ein energie- und klimapolitisch verlorenes Jahrzehnt. Dabei hat der Kanton Bern die besten Voraussetzungen, um voll auf die Karte erneuerbare Energien zu setzen.

Solarenergie als Schlüssel zur Dekarbonisierung

Die Solarenergie spielt eine Schlüsselrolle für die Energiewende. Aktuell schreitet ihr Ausbau in der Schweiz aber nur sehr langsam voran. Im Jahr 2019 nutzte die Schweiz nur knapp 4 % ihres Solarstrompotenzials auf Dächern. Ginge es im aktuellen Tempo weiter, würde der Kanton Bern sein Potenzial erst in 315 Jahren ausschöpfen. Dies will die Solar-Initiative ändern. Sie knüpft am Klimaplan der GRÜNEN Schweiz an, wonach für eine klimapositive Schweiz im Strombereich künftig ein Drittel der Produktion aus Photovoltaikanlagen stammen muss. Deshalb braucht es eine Pflicht für Solaranlagen.

Enormes Solarpotenzial im Kanton Bern

Rund ein Siebtel des gesamtschweizerischen Potenzials für Solarstrom liegt im Kanton Bern. Mit gut nutzbaren Dachflächen können 9'000 Gigawatt-Stunden Strom produziert werden. Das ist dreimal mehr als das abgestellte AKW Mühleberg produziert hatte - und mehr als der heutige Strombedarf des Kantons Bern. Die Solarpflicht für besonders geeignete Dächer und Fassadenflächen ist notwendig, um die beschlossene Energiewende und die Pariser Klimaziele zu erreichen.

Geeignete Flächen als Solarkraftwerke nutzen

Auf gut und sehr gut geeigneten Dächern und Fassa-



den soll spätestens ab 2040 Solarenergie produziert werden. Die genauen Anforderungen werden auf Verordnungsstufe geregelt und berücksichtigen die Zumutbarkeit für die Grundeigentümer_innen, aber auch weitere Faktoren wie den Denkmalschutz. Zudem ist eine Härtefallregelung vorgesehen. Alternativ kann auch eine thermische Solaranlage für die Aufbereitung von Warmwasser installiert werden.

Solargenossenschaften und Contractingmodelle

Die Initiative greift für Neubauten und umfassende Sanierungen sofort. In diesen Fällen ist die Realisierung von Solaranlagen schon heute oft Standard. Für die bestehenden Gebäude gilt eine Frist bis 2040. Es bleibt also genügend Zeit, sich der neuen Regelung anzupassen. Bei Gebäuden, die bereits vor Inkrafttreten der Initiative über eine Solaranlage verfügten, kann sogar bis nach Ablauf der Lebensdauer mit der Anpassung an die neuen Vorschriften gewartet werden. Die Investitionen müssen nicht selbst getätigt werden: Es reicht, das Dach für die Nutzung durch Solargenossenschaften und Contractingmodelle zugänglich zu machen. Wer ein bestehendes Gebäude besitzt und auf einer geeigneten Fläche trotzdem keine Solaranlage will, kann eine Ersatzabgabe leisten. Notwendig sind aber auch Anreize von Bund und Kanton, beispielsweise in Form von Beiträgen an die Anlagen

tingmodelle zugänglich zu machen. Wer ein bestehendes Gebäude besitzt und auf einer geeigneten Fläche trotzdem keine Solaranlage will, kann eine Ersatzabgabe leisten. Notwendig sind aber auch Anreize von Bund und Kanton, beispielsweise in Form von Beiträgen an die Anlagen

Solar-Initiative führt nicht zu höheren Mieten

Bei Mehrfamilienhäusern ist der Strombezug aus der heimischen Solaranlage gar günstiger als der Strombezug aus dem Netz. Der Strom aus der haus-eigenen Solaranlage wird direkt im Haus verbraucht und wird von den Mieter_innen zum Netzstrompreis bezogen. Wenn also mehr Strom produziert als verbraucht wird, verkauft die Eigentümerschaft diesen an den lokalen Energieversorger und speist den Überschuss ins Stromnetz. Beispiele von bestehenden Mehrfamilienhäusern mit einer Photovoltaik-Anlage ergeben je nach Situation jährliche Einsparungen bei den Stromkosten von 10 Franken bis 200 Franken pro Wohnung und Haushalt. Bei Mietliegenschaften kann der Zusammenschluss zum Eigen-

verbrauch über einen Zusatz zum Mietvertrag geregelt werden. Die Vermieterschaft kann nur die tatsächlich angefallenen Kosten verbrauchsabhängig in Rechnung stellen. Und für die intern verbrauchte Elektrizität darf nicht mehr in Rechnung gestellt werden, als die Kosten des extern bezogenen Stroms betragen würden.

Lokales Wirtschaftsförderungsprogramm schafft Arbeitsplätze

Bei der Installation einer Solaranlage fliesst ein Grossteil der Ausgaben an lokale Bau- und Planungsfirmen. Die Solar-Initiative stärkt so auch das lokale Gewerbe und schafft Arbeitsplätze in einem zukunftsweisenden Berufsfeld im Kanton Bern.

Die Solar-Initiative schützt das Klima, stärkt die lokale Wirtschaft und schafft Arbeitsplätze. Vielen Dank für deine Unterschrift!.

Esther Meier, Geschäftsführerin GRÜNE Kanton Bern
Natalie Imboden, Präsidentin GRÜNE Kanton Bern

AKTIONEN



SOLAR-INITIATIVE.CH

Jetzt unterschreiben!

Für die Berner Solar-Initiative müssen bis im Oktober 15'000 gültige Unterschriften gesammelt werden. Mehr Informationen und Unterschriftenbogen zum Download gibt es unter: www.solar-initiative.ch. Zusätzliche Unterschriftenbogen können per E-Mail an info@solar-initiative.ch bestellt werden.

Radikaler Sparkurs weder nachvollziehbar noch klug

Nachdem der Stadtrat im letzten Herbst intensiv über die Sparvorschläge des Gemeinderats debatiert hat, geht es nun in die nächste Runde. Der Gemeinderat hat eine strategische Haushaltsüberprüfung vorgenommen und will in den nächsten Jahren bis zu 50 Millionen jährlich sparen.

Positiv zu vermerken ist, dass der Gemeinderat hierbei von seiner linearen Sparpolitik weggekommen ist: Der letztjährige vehemente Protest gegen den geplanten Sozialabbau durch eine Allianz betroffener Institutionen und der GB/JA!-Fraktion hat Wirkung gezeigt. Aber die Höhe der vom Gemeinderat vorgeschlagenen Sparziele für die kommenden Budgets ist besorgniserregend: Die Vernichtung von 230 Stellen,

die Reduktion von Investitionen sowie ein Leistungsabbau sind in Krisenzeiten der falsche Weg.

Mittlerweile scheint ein erstaunlich breiter Konsens in Politik, Verwaltung und in der Öffentlichkeit zu herrschen, dass die Stadt sparen muss. Die GB/JA! Fraktion bezweifelt dies angesichts der effektiven Steuerentwicklung. Der Gemeinderat hat vor einem Jahr seine Sparpolitik aufgrund eines befürchteten Abwärtstrends bei den Steuereinnahmen lanciert. Diese Annahme hat sich nun in der Rechnung 2020 nicht bestätigt. Die Stadt Bern hat 2020 im Vergleich zum Vorjahr sogar 45 Millionen mehr Steuern eingenommen. Die Rechnung hätte ohne zwei Sondereffekte (u.a. die Abschreibung Kühlewil) ausgeglichen abgeschlossen – auch ohne Sparpaket 2020! Das GB verlangt vom Gemeinderat deshalb nach wie vor eine nachvollziehbare Begründung der exorbitanten Sparziele.

Das GB wird die Sparlogik des Gemeinderats sowie einzelne Abbauvorhaben weiterhin bekämpfen. Denn genau jetzt darf die Unterstützung für die städtische Kulturszene nicht abgebaut werden, genau jetzt müssen frei zugängliche Begegnungsräume wie das Lorrainebad erhalten bleiben. Es braucht Investitionen in die Bekämpfung der Klimakrise, in die Schulsozialarbeit und die Tagesschulen. Denn Sparpolitik wird nicht nur beim Abbau, sondern auch beim Verzicht auf den notwendigen Ausbau für die Berner_innen spürbar. Weitere Informationen finden sich im GB-Positionspapier zur Finanzpolitik von 2020. (www.gbbern.ch).

Ursina Anderegg, Co-Präsidentin GB

Vorstösse | Erfolge

Schluss mit Wischiwaschi – für ein ambitioniertes Klimareglement

● Mit dem Klimareglement will der Gemeinderat die Ziele des Klimaabkommens von Paris auf dem Gemeindeboden umsetzen und gleichzeitig die Verbindlichkeit der städtischen Energie- und Klimastrategie 2025 erhöhen. Das GB begrüsst das Klimareglement grundsätzlich. Allerdings sollte es deutlich ambitionierter sein. Im Reglement wird ein verbindlicher Absenkpfad vorgeschlagen, also ein konkreter Plan,

wie die CO2-Emissionen gesenkt werden. Der definierte Absenkpfad sollte strenger sein. So sollte Bern eine Vorreiterrolle einnehmen und ab 2040 klimapositiv sein. Das GB fordert auch die Bereitstellung entsprechender finanzieller Mittel für die Umsetzung. Schliesslich sollte das Klimareglement auch klare Aussagen zur Sozialverträglichkeit der Massnahmen beinhalten. Die gesamte Vernehmlassungsantwort ist auf www.gbbern.ch zu finden.

Seraphine Iseli, GB-Stadträtin



Jetzt sind Investitionen in die Bekämpfung der Klimakrise nötig!

Eine gute Regierungstatthalterin ist nahe am Geschehen

Am 13. Juni wird das Regierungstatthalteramt neu besetzt. Das GB unterstützt die Kandidatur von Ladina Kirchen (SP), die gegen Claude Grosjean (GLP) und Tatjana Rothenbühler (FDP) antritt. Wir befragen die Anwältin zu ihrer Motivation.

Ladina Kirchen, du führst heute eine Anwaltspraxis in Bern-Bümpliz. Was reizt dich am Amt der Regierungstatthalterin?

● Mich fasziniert die anspruchsvolle, breitgefächerte Tätigkeit. Die Regierungstatthalterin beaufsichtigt und berät die vielen Gemeinden in ihrem Verwaltungskreis, sie koordiniert und vermittelt. Sie übt eine Ombudsfunktion aus, indem sie Sprechstunden durchführt, und hat damit auch ein offenes Ohr

de fallen, die ein hohes Konfliktpotenzial beinhalten oder politisch heikel sind. Dennoch scheint mir eine allgemeine Positionierung zu solchen Fragestellungen, ohne konkreten Bezug zum Einzelfall, nicht sinnvoll. Eine gute Regierungstatthalterin spürt frühzeitig, wo der Schuh drückt, und bringt sich proaktiv ein. Daher ist es wichtig, dass sie nah am Geschehen ist. Ich möchte meine Vermittlerinnenrolle in potenziellen Konfliktfällen möglichst früh anbieten. Mein Ziel ist es, alle Beteiligten an den Verhandlungstisch zu holen, damit gemeinsam eine breit abgestützte Lösung gefunden werden kann.

Die Aufgabe einer Regierungstatthalterin ist es, die Gesetze umzusetzen. Spielt es da überhaupt eine Rolle, dass du eine linke Partei vertrittst?

● Das Regierungstatthalteramt ist kein politisches Amt, auch wenn die Parteien die Regierungstatthalter_innen nominieren. Es ist vielmehr ein fachliches bzw. juristisches Amt mit einem vielseitigen und anspruchsvollen Aufgabenbereich. Selbstverständlich kommt der Regierungstatthalterin ein gewisser Ermessensspielraum zu, den sie nutzen kann. Und darin werden sich meine Lebens- und berufliche Erfahrung, aber auch meine politischen Ansichten widerspiegeln.

Der Stadtteil Bümpliz-Oberbottigen vereint einige Gegensätze auf sich. Prägt dich das?

● Mir gefällt die kulturelle, soziale und ethnische Vielfalt, die der Stadtteil mir und meiner Familie bietet. Wir wohnen einen Katzensprung entfernt von der Stadt, mitten auf dem Land, sehr idyllisch. Meine Kanzlei befindet sich im Zentrum von Bümpliz und meine Töchter besuchen ab August beide die Oberstufe in Bümpliz. Bümpliz hat sich in den letzten 10 Jahren stark gewandelt, ist urbaner geworden. Bewohner_innen des Stadtteils fühlen sich als Bümplizer_innen; das fördert den Zusammenhalt der Bevölkerung. Mir gefallen diese Gegensätze, prägen tun sie aber eher meine Kinder, und das finde ich gut.

Interview: Christine Michel, Redaktion grün.



Ladina Kirchen ist bereit Entscheide zu fällen, die auch ein hohes Konfliktpotenzial beinhalten oder politisch heikel sein können.

für die Anliegen der Bürger_innen. Sie ist aber auch Bewilligungsbehörde, etwa im Baubereich oder im Gastgewerbe. Ein für mich besonders wichtiger Aspekt ist die Arbeit, die sie im Bereich der Bekämpfung der häuslichen Gewalt mit der Durchführung der sogenannten «Täteransprachen» macht. Das ist echte Präventionsarbeit.

Das Regierungstatthalteramt wird öffentlich vor allem mit Entscheiden zur Nachruhe und Betriebsauflagen für die Reitschule in Zusammenhang gebracht. Wie willst du dich da positionieren?

● Eine Regierungstatthalterin muss viele Entschei-

Sei dabei!

Was bedeutet solidarische Stadtpolitik in Zeiten von Corona?

Dieser Frage gehen wir mit einer spannenden Veranstaltungsreihe auf den Grund.

- 2. Juni 2021, 18.30 – 20:00 Uhr:

Ist Kultur «nice to have»?

- 16. Juni 2021, 12.15 – 13:45 Uhr:

Welche Wirtschaft trägt uns alle durch die Krise?

● Save the Date

Unsere nächsten Mitgliederversammlungen:

23. Juni 2021

25. August 2021

20. Oktober 2021

Mehr Informationen zu den jeweiligen Mitgliederversammlungen erhältst du über den GB-Mailverteiler und per Post. Du bist noch kein Mitglied? Höchste Zeit das zu ändern! Jetzt unter www.gbbern.ch als Mitglied anmelden.

- Informiert bleiben und aktiv werden:

Folge uns auf Social Media

Twitter: @GruenesBuendnis

Facebook: @GruenesBuendnisBern

Instagram: @gb.bern

Trete unserem aktiv@GB-Chat

Du möchtest der Whatsapp-Gruppe beitreten oder mehr darüber erfahren? Dann melde dich unter info@gbbern.ch oder 079 289 06 41

Mach mit!

Werde aktiv und bringe deine Fragen und Ideen ein! Unsere Arbeitsgruppen und das Sekretariat freuen sich über deine Kontaktaufnahme.

● AG Sozialpolitik

Kontakt: info.sozialpolitik@gbbern.ch

● AG Frauenpolitik

Kontakt: info.frauenpolitik@gbbern.ch

● AG Internationales und Migration

Kontakt: info.internationales@gbbern.ch

● AG Kommunikation

Kontakt: info.kommunikation@gbbern.ch

● AG Bildung

Kontakt: info.bildung@gbbern.ch

● AG macht

Kontakt: info.macht@gbbern.ch

● AG Ökologie

Kontakt: info.oekologie@gbbern.ch

● AG Finanzen

Kontakt: info.finanzen@gbbern.ch

● AG Polizei

Kontakt: info.polizei@gbbern.ch

Kontakt Sekretariat

Politische Sekretärin: Jelena Filipovic

Grünes Bündnis Stadt Bern

Breitenrainstrasse 59, 3013 Bern,

Postfach 2440, 3001 Bern

Tel. 031 301 82 09,

info@gbbern.ch, www.gbbern.ch

www.facebook.com/GruenesBuendnisBern

PC-Konto: 30-37923-6.

Merci!

Impressum:

Die Zeitschrift grün. für Mitglieder und Sympathisant_innen des Grünen Bündnis Stadt Bern erscheint viermal jährlich.

Abo-Preis: 20 Franken.

Redaktion:

Andi Geu, Christine Michel,

Jelena Filipovic,

Markus Heinzer

Fotos:

Esther Meier,

Maximilian Lederer

Gestaltung:

TransForm

Druck:

Bubenberg Druck- und

Verlags-AG, Bern

Redaktionsschluss grün. Nr. 44:

11. August 2021

SCHLUSS ● Sei Teil der Antwort! – Strike For Future

Wir brauchen Antworten. Antworten auf Krisen wie Klimakatastrophe, strukturellen Rassismus, patriarchale Strukturen, die Covid-19-Pandemie. Antworten auf ein System, das all diese zusammenhängenden Krisen erzeugt. Weil dieses System die Ausbeutung von Mensch und Natur nicht nur duldet, sondern viel zu oft auch belohnt.

Der *Strike For Future* ist eine solche Antwort. Er ist der gemeinsame, bunte Protest vieler verschiedener Menschen und Aktivist_innen aus allen Gesellschaftsgruppen. Sie haben erkannt, dass die multiplen Krisen nur zusammen zu denken sind. Gemeinsam stehen sie auf für einen Wandel hin zu einer ökologischen, solidarischen und gerechten Zukunft.



Im *Strike For Future* vereinen sich ihre Visionen und Kämpfe, konkretisiert in den 14 Forderungen des Manifests (www.strikeforfuture.ch/manifest). Lokalgruppen tragen die Veränderung in Dörfer, Quartiere, zu Arbeitsplätzen und Schulen. Sie füllen die Forderungen mit Leben und ermöglichen eine basisdemokratische Organisation.

Auch nach dem 21. Mai 2021 geht es weiter: Eine Fortsetzung gibt es im September.

Es braucht den *Strike For Future*. Wir zeigen, dass wir gemeinsam die Kraft haben, wirklich etwas zu verändern.

Mehr Informationen auf www.strikeforfuture.ch und auf dem Instagram-Account des Klimastreik Bern ([instagram.com/klimastreikbern](https://www.instagram.com/klimastreikbern)). Tina Hitzblech, KS Bern